

Internationale Rundschau

USA-Wirtschaft 1974:

Rezession plus Inflation

Wie der Rest der industriellen Welt begannen die Vereinigten Staaten das Jahr 1974 unter einem großen konjunkturellen Fragezeichen. Der Konjunkturaufschwung hatte Anfang 1973 nach zwei Jahren auf seinem Höhepunkt zugleich sein Ende erreicht. GNP (Gesamtnationalprodukt), Industrieproduktion, Beschäftigung nivellierten sich aus. Im Herbst setzte dann der „fällige“ und hier vorausgesagte (GM 71 1973) Konjunkturrückgang mit einem Absinken der Industrieproduktion ein. Deren Index (1967 = 100) sank langsam, aber stetig von 127,5 im November auf 124,8 im Februar, also um über 2 vH. Die um jene Zeit ausbrechende Ölkrise brachte einen zusätzlichen Faktor der Unsicherheit, obwohl die USA dank ihrer erheblichen Eigenproduktion weniger tief und weniger unmittelbar bedroht waren. Aber für eine auf niedrigen Energiekosten aufgebaute Wirtschaft war die Schockwirkung erheblich; desgleichen für die auf dem privaten Automobil aufgebaute Gesamtkultur. Die Krise brach zudem zu einem Zeitpunkt aus, wo die Bewegung und die Gesetzgebung für den Umweltschutz gerade auch auf dem Gebiet der Energiegewinnung die Produktionskosten erhöht und den Bau neuer Produktionsstätten (Elektrizitätswerke, Ölraffinerien usw.) hinausgezögert hatte.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung — von einer planmäßigen Wirtschaftspolitik kann kaum die Rede sein — waren wenig dazu angetan, den Schwierigkeiten vorzubeugen, eher dazu, sie noch zu verschärfen. So wurden im Januar 1973 die restlichen Preiskontrollen in dem Augenblick beseitigt, wo der Preisdruck durch die Hochkonjunktur besonders stark geworden war. Um die Empörung über die nun folgende galoppierende Preisentwicklung zu beschwichtigen, kam im Sommer ein kurzfristiger

allgemeiner Preisstopp, dem eine selektive, auf wenige Branchen und Großunternehmen beschränkte und inzwischen schrittweise abgebaute Preiskontrolle folgte. Ähnlich wurde die Ölbewirtschaftung in einer Form improvisiert, die einerseits unnötigerweise in Details der Verteilungsverträge eingriff, andererseits die Kooperation der großen Ölgesellschaften durch Preiszugeständnisse zu erreichen suchte. Hier wie überhaupt wirkte sich der Umstand aus, daß das *Nixon*-Regime durch seine fragwürdigen politischen Affären die in einer solchen Krisensituation nötige politische und moralische Autorität verwirkt hatte und große Mühe aufwenden mußte, fähige Leute zur Mitarbeit zu gewinnen. Mehr und mehr stellte sich, die Unzulänglichkeit der offiziellen Konzeption heraus: die Konjunktursteuerung durch Manipulation von Geldmenge und Kredit; die lediglich durch Opportunismus gemilderte *Big-Business*-freundliche Haltung des Präsidenten; die *Laissez-faire*-Politik des Finanz- und Wirtschaftsministers *Shultz*.

Auch das neue *Budget* für 1974/75 enthält keine wesentlichen konjunkturbelebenden fiskalischen Maßnahmen. Mit 300 Mrd. Dollar liegt es etwa 10 vH über dem Vorjahrsbudget, gerade etwa der Geldentwertung entsprechend. Außer den gesetzlich festgelegten Erhöhungen der Sozialleistungen, darunter erstmals 1975 einer Anpassung der Renten an die Lebenshaltungskosten, sieht es keine wesentliche Ausdehnung von Sozialprogrammen vor, dafür aber eine Erhöhung des Militäretats um etwa 6 Mrd.

Der Wirtschaftsrat ist unter *Herbert Stein* immer mehr zu einem bloßen *Public-Relation*-Institut herabgesunken. Wieder einmal waren 1973 seine Prognosen von der Entwicklung in wesentlichen Punkten dementiert worden. Er hatte zwar die Zunahme des realen GNP mit 6 vH ziemlich richtig geschätzt; aber die Inflationsrate war, anstatt zu sinken, von 3,4 vH auf beinahe 9 vH gestiegen, und die Arbeitslosenrate (1972: 5,6 vH) war statt

auf 4 vH nur auf knapp unter 5 vH zurückgegangen. Nun lieferte die Ölkrise dem Wirtschaftsrat eine willkommene Begründung, einer festen Prognose auszuweichen. Nixon selbst versprach zwar kategorisch: „keine Rezession“ — ein Versprechen, dem die erprobte Fähigkeit seiner Mitarbeiter zur Umdeutung von Begriffen eine gewisse Glaubwürdigkeit verleiht. Nicht einmal sein Wirtschaftsrat legt sich aber in dieser Beziehung fest; ihm schwebt „im ungünstigsten Fall“ eine Erhöhung des realen GNP um nur 1 vH, eine Steigerung der Arbeitslosenrate bis Ende 1974 auf 6 vH, dafür aber eine allmähliche Senkung der Inflationsrate auf 5 vH vor.

Eine Befragung unabhängiger Sachverständiger im März stimmte ungefähr mit den Schätzungen der OECD in Brüssel überein: Nullzunahme des realen GNP, 7,75 vH Inflationsrate, 6 vH Arbeitslosenrate. Ein Rückgang des realen GNP um 1/2 bis 1 vH im ersten Halbjahr werde im zweiten durch eine entsprechende Erholung wettgemacht. (Die offizielle Definition einer Rezession ist ein Rückgang des GNP in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen). Selbst diese Prognose erscheint optimistisch; denn der Rückgang der Industrieproduktion hatte bereits im Februar den insgesamt erwarteten Umfang erreicht, und war besonders gravierend auf den von der Ölkrise am stärksten betroffenen Gebieten: 30 vH in der Autoindustrie, 9 vH in der Gas- und Elektrizitätsgewinnung. In der Petroleumindustrie ging die Kapazitätsausnutzung von 99 vH auf 88 vH zurück. Die Situation dürfte sich allerdings mit der Lockerung des arabischen Boykotts bessern.

Für die *Preise* erwarten die Experten eine Milderung der Inflationsrate auf 7 bis 7,5 vH. Im Februar standen sie beinahe 10 vH über dem Vorjahrsmonat. Am stärksten waren von den Lebenshaltungskosten 1973 die Nahrungsmittel gestiegen: um den nie gekannten Umfang von 20 vH. Dazu trat neuerdings eine Erhöhung der Heizungs- und Energiekosten um 60 vH. Selbst wenn man mit einem

allmählichen Abklingen der Lebensmittelpreise rechnen kann, erscheint ein Ansteigen der Inflationsrate auf 10 vH wahrscheinlicher als ein noch so geringer Rückgang. Das Anziehen der Energiekosten ist noch keineswegs abgeschlossen; die Kosten für Dienstleistungen (von Postgebühren bis zur Gesundheitspflege) steigen unerbittlich weiter, und der Index für Großhandelspreise springt weiter in die Höhe (in den ersten zwei Monaten 1974 auf einer Jahresrate von 33 vH). Wie üblich, werden die ärmeren Schichten von der Preisentwicklung am stärksten betroffen. Nicht nur daß die übermäßig gestiegenen Lebensmittelpreise einen größeren Teil ihres Budgets ausmachen; die für sie wichtigsten Lebensmittel stiegen am meisten. Es wurde berechnet, daß sich der „Brotkorb“ der Familien mit Einkommen unter 5 000 Dollar im vergangenen Jahr um 14 vH verteuert hat, gegen 12 vH für die mittleren und 11 vH für die höheren Einkommensgruppen.

Entsprechend kam es 1973 zum erstenmal zu einer empfindlichen allgemeinen Senkung der — nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zur Verfügung stehenden — *Reallöhne*. Der durchschnittliche Brutto-Wochenlohn stieg zwar noch von 139 auf 148 Dollar; der Reallohn aber fiel 1973 um 3 vH; im Januar 1974 mit einer Erhöhung der Sozialabgaben noch um ein weiteres Prozent. Nur die höchstbezahlten Arbeitergruppen konnten mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten: für die niedrigen Lohngruppen war der Rückgang des Lebensstandards noch empfindlicher. Die Lohnabschlüsse hatten sich 1973 in den Tarifverträgen in überraschend bescheidenen Grenzen gehalten, durchschnittlich 6 vH. Für 1974 haben die Gewerkschaften zwar weitergehende Forderungen angemeldet. Aber die zunehmende Erwerbslosigkeit mag hier bremsend wirken. Vertraglich bereits vorgesehen sind Lohnerhöhungen von 5 vH für 5 Millionen Arbeitnehmer, und 3 Millionen werden Lohnaufbesserungen auf Grund des Lebenshaltungsindex erhalten. Neue Tarifverhandlungen stehen in die-

sem Jahr nur für etwa fünf Millionen Arbeiter bevor, die wichtigsten in der Stahl- und Aluminiumindustrie und in Kommunikationen (Telefon). Die Stahlarbeitergewerkschaft hat sich bereits mit der Industrie auf die schiedsgerichtliche Entscheidung etwaiger Streitfragen geeinigt. Man rechnet daher nicht mit größeren Streikbewegungen. Doch zeugten wilde Streiks der unabhängigen Lkw-Fahrer und der Bergarbeiter, hervorgerufen durch Kontrollmaßnahmen für Benzin, von der Unruhe und Bitterkeit in breiten Kreisen der Arbeiterschaft. Bezeichnenderweise kam im Vorjahr ein Viertel der geringen Streiktätigkeit auf das Konto streikender Lehrer. Das 1973 am Veto des Präsidenten gescheiterte Gesetz zur Erhöhung des Mindestlohns hat auch in diesem Jahr keine Aussicht auf Annahme, solange Nixon auf einem niedrigeren Mindestlohn für Jugendliche besteht.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg 1973 um 2,5 Millionen, etwa 300 000 mehr als die Zunahme der gesamten „Labor Force“. Die Zahl der Erwerbslosen fiel im Jahresdurchschnitt von 4,8 auf 4,3 Millionen, die Arbeitslosenrate von 5,6 auf 4,9 vH. Ende 1973 begann die Arbeitslosigkeit zuzunehmen; die Rate erhöhte sich im Januar und Februar auf 5,2 vH. Bis Ende 1974 rechnet man mit einer Steigerung auf 6,5 vH, vorausgesetzt, daß sich die Energiekrise in Grenzen halten läßt. Die Gewerkschaftsführung, weniger optimistisch, warnt vor einer 8prozentigen Arbeitslosigkeit. 1973 sah einen Rückgang der langfristigen Arbeitslosigkeit (über 15 Wochen) von einer Million auf 760 000: dieses Bild dürfte sich mit der rückläufigen Konjunktur rasch ändern. Die Automobilindustrie allein hat bereits mehrere hunderttausend Arbeiter vorübergehend oder dauernd entlassen. Im Baugewerbe und Flugverkehr kam es zu ähnlichen Einschränkungen. Die Beschäftigungslage für schwarze Arbeiter hat sich relativ wieder etwas verschlechtert; ihre Arbeitslosenrate liegt nun wieder doppelt so hoch wie die weiße, vor allem bei den Jugendlichen.

Stimulierend wirkte sich 1973 die erneute Währungsabwertung aus. Sie führte zu einer Umstülpung der *Zahlungsbilanz* (Warenhandel und Dienstleistungen) um beinahe 10 Mrd. Dollar — von einem Defizit von 4,6 Mrd. zu einem ebenso hohen Überschuß. Dabei spielte der Export von Agrarprodukten eine erhebliche Rolle. Mit dem Dollarkurs wurde übrigens auch die Vorstellung vom hohen amerikanischen Lebensstandard korrigiert, jedenfalls insofern er sich im durchschnittlichen per capita Einkommen ausdrückt. Dieses wird nun von der Schweiz und einigen skandinavischen Ländern übertroffen. Mit der Energiekrise wird sich das Bild vielleicht wieder etwas zugunsten der USA verschieben.

Die *Unternehmensgewinne* stiegen 1973 nach den Angaben des Handelsministeriums um 20 vH. Für 2 300 führende Gesellschaften tabulierte die *First National City Bank* eine durchschnittliche Zunahme von 27 vH. Ein erheblicher Teil der Gewinnzunahme rührt von der Aufwertung der Inventuren durch die inflationäre Steigerung der Preise her. Im Einklang damit zeigen die Rohstoffhersteller Gewinnsteigerungen von 40 bis 80 vH, während diese sich in den Konsumindustrien, im Einzelhandel und den Dienstleistungsgewerben in bescheideneren Grenzen hielten, überwiegend von 0 bis 15 vH. In diesen Zahlen spiegelt sich nicht nur der krasse Unterschied zwischen Löhnen und Profiten wider, sondern zugleich auch die uneinheitliche Verteilung der Macht innerhalb der Wirtschaft.

Wie vor drei Jahren, ist für 1974 eine Kombination von Rezession und Inflation zu erwarten, nur voraussichtlich schärfer nach beiden Richtungen. Die in früheren Rezessionen "wenigstens noch teilweise wirksamen Marktgesetze gelten heute nicht mehr. In seinem neuen Buch „Wirtschaft für Staat und Gesellschaft“ (Droe-mer-Knaur 1974) begründet *John K. Galbraith* diesen Zustand mit der oligopolistischen Beherrschung des Marktes durch den Sektor der tausend größten Gesellschaften

— er nennt ihn das Planungssystem —, dessen wirtschaftliche Macht durch politische Querverbindungen unterbaut sei. In Ermangelung einer wirksamen Korrektur durch den Staat führt dieses System zu Fehlleistungen und sozialen Spannungen. Die Energiekrise ist dafür ein eklatantes Beispiel. Während sie in das Leben der Bürger und in das gesamte Wirtschaftsgefüge große Störungen brachte, offenbarte sie die außerordentliche Macht der multinationalen Ölfirmen über die Vertei-

lung des Endprodukts, wenn auch vielleicht nicht mehr über die Rohölgewinnung selbst. Damit erhöht sich selbst in einem Land, in dem auch die Arbeiterschaft nichts von Sozialismus wissen will, mit ihrer Notwendigkeit allmählich auch die Bereitschaft zu Maßnahmen, welche die Macht der Großunternehmen in wirksamer Weise den Interessen der Allgemeinheit unterordnen.

George Günther Eckstein